

Vorlage an den Landrat

Beantwortung der Interpellation 2022/349 von Miriam Locher: «Wiedereinstieg in den Lehrberuf ermöglichen»

2022/349

vom 18. April 2023

1. Text der Interpellation

Am 2. Juni 2022 reichte Miriam Locher die Interpellation 2022/349 «Wiedereinstieg in den Lehrberuf ermöglichen» ein. Sie hat folgenden Wortlaut:

Vor einigen Wochen war den Medien zu entnehmen, dass im Kanton Zürich ein massiver Mangel an Lehrkräften herrscht und aus diesem Grund auch Personen ohne pädagogischen Hintergrund engagiert werden können. Pädagogische Hochschulen haben zwar grossen Zulauf, doch mangelt es in den Schulzimmern an Personal. Die Gründe dafür sind sicher vielschichtig und müssen auf mehreren Ebenen angegangen werden.

Auch im Baselbiet wird es früher oder später zu einem Mangel an ausgebildeten Lehrkräften auf allen Stufen kommen. Bereits jetzt ist jeweils im Frühjahr zu vernehmen, dass viele Schulen Mühe haben, alle Stellen zu besetzen und oft auch fachfremde Lehrkräfte angestellt werden müssen. Neben der Personalknappheit bei den Lehrkräften, ist auch die Situation bei den Heilpädagoginnen und Heilpädagogen überaus angespannt. Auch zu berücksichtigen ist hierbei, dass in den nächsten zehn Jahren 1179 Lehrpersonen bei uns im Kanton pensioniert werden, das macht bei rund 5000 Lehrkräften doch einen Fünftel aus. https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/direktionen/finanz-und-kirchendirektion/statistisches-amt/publikationen/bildung/webartikel_vom_11-05-2022_schulpersonal_2021

Ein möglicher Weg zur Entschärfung der Situation ist, dass auch vermehrt ehemalige Lehrpersonen zum Wiedereinstieg in den Lehrberuf motiviert werden können. Erfahrungsberichte, welche unter anderem unter <https://www.phbern.ch/ueber-die-phbern/aktuell/news/wiedereinstieg-in-den-lehrberuf> einsehbar sind, zeigen, dass ein Angebot für Wiedereinsteiger geschätzt wird und daher sicher sinnvoll ist. Grundsätzlich soll festgehalten werden, dass alles darangesetzt werden muss, um den drohenden Lehrpersonenmangel abzuwenden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten.

- 1. Wie beurteilt der Regierungsrat das Potential durch Wiedereinsteiger in den Lehrberuf?*
- 2. Ist der Regierungsrat bereit, spezifische Angebote für Wiedereinsteiger zu forcieren, neu zu schaffen oder finanzielle Unterstützung für Wiedereinsteigerinnen, welche in einer Übergangszeit keinen Lohn haben, zur Verfügung zu stellen? (analog zu Quereinsteigerinnen im ersten Studienjahr mit Vollzeitstudium)*

3. *Gibt es spezifische Bemühungen, um Heilpädagoginnen und Heilpädagogen zu einem Wiedereinstieg zu motivieren? Eventuell auch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen?*
4. *Wie ist die Haltung des Regierungsrates bezüglich der Lancierung einer Kampagne, um Wiedereinsteiger vermehrt zu motivieren in den Lehrberuf zurückzukehren?*
5. *Wie gedenkt der Regierungsrat grundsätzlich dem Lehrkraftmangel kurz- und langfristig zu begegnen?*

2. Einleitende Bemerkungen

Die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) hat mit Unterstützung des Regierungsrats bereits verschiedene Schritte unternommen, um einem drohenden – nicht zuletzt auch demografisch begründeten - Fachkräftemangel an den Schulen entgegenzuwirken. Dazu gehören unter anderem individuelle Beratungen für ausgebildete Lehrpersonen, welche die Schule z.B. für eine Familienzeit verlassen haben und an einem Wiedereinstieg interessiert sind, oder die intensive Zusammenarbeit mit der PH FHNW, aus der unter anderem bereits neue Studiengänge für Quereinsteigende hervorgegangen sind.

Darüber hinaus prüft eine von der BKSD eingesetzte «Arbeitsgruppe Lehrpersonenmangel» unter der Federführung der Stufenämter und der Abteilung Personal mit Einbezug von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen eine Vielzahl von weiteren kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen. Das Spektrum erstreckt sich von Kommunikationsmassnahmen (u.a. Employer Branding) über die verbesserte Unterstützung von Studienabgängern der PH beim Einstieg in den Lehrberuf bis hin zu Anpassungen bei den Anstellungsbedingungen.

Bereits im Mai 2021 wurde von einer BKSD-internen Arbeitsgruppe eine Informationsveranstaltung für ehemalige Lehrpersonen organisiert, die an einem Wiedereinstieg interessiert sind. Über Print- und Onlinemedien, über die Schulleitungen aller Schulstufen, die Sozialpartner und die Leitungen der Stufenämter wurden alle möglichen Kanäle zur Bekanntmachung genutzt. Ziel war neben dem Abholen und Informieren von am Wiedereinstieg Interessierten herauszufinden, wie gut potentielle Wiedereinsteigende auf diesen Wegen zu erreichen sind. Die Anmeldungen beliefen sich letztlich auf zwei Personen. Eine davon arbeitet heute wieder als Lehrperson im Kanton Basel-Landschaft.

3. Beantwortung der Fragen

1. *Wie beurteilt der Regierungsrat das Potential durch Wiedereinsteiger in den Lehrberuf?*

In den vergangenen fünf Schuljahren (August 2017–Juli 2022) haben über alle Schulstufen hinweg 596 Lehrpersonen gekündigt und sind nicht mehr in den Volksschulen Baselland tätig. Setzt man die Anzahl der Austritte zu den durchschnittlich rund 5'500 angestellten Lehrpersonen ins Verhältnis, so handelt es sich mit zwei Prozent um eine vergleichsweise sehr geringe Fluktuationsrate.

Dennoch wäre rein statistisch betrachtet ein Potential von rund 120 Personen jährlich vorhanden, welche wieder an die Schulen im Kanton zurückgeholt werden könnten. Ein Überblick der arbeitnehmerseitigen Austritte (ohne Pensionierungen) pro Schulstufe präsentiert sich wie folgt:

Schulstufe	Austritte Aug. 2017–Juli 2022	Ø pro Jahr	Im Verhältnis zur Anzahl angestellter LP
Primarstufe	447	89	3.1%
Sekundarstufe I	62	12	1.2%
Musikschule	36	7	1.6%
Sekundarstufe II	51	10	1.1%
Total	596	119	2.2%

Es bleibt jedoch unklar, bei wievielen ehemaligen Mitarbeitenden grundsätzlich eine Rückkehr in den Lehrberuf im Kanton Basel-Landschaft möglich wäre. Die geringe Anzahl der Rückmeldungen auf die Kampagne für die oben erwähnte Veranstaltung im Mai 2021 spricht deutlich für ein kleines Potential. Zudem hat das Bundesamt für Statistik im Oktober 2022 einen Bericht über den Verbleib der Lehrkräfte an der obligatorischen Schule publiziert, welcher feststellt, dass 90 Prozent der im Kanton Basel-Landschaft tätigen Lehrpersonen unter 55 Jahren nach fünf Jahren immer noch im Unterrichtswesen arbeiten. Verglichen mit anderen Branchen, kann diese Verbleibsquote als sehr hoch bezeichnet werden. Eine Untersuchung der Universität Zürich im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) aus dem Jahr 2013 hat gezeigt, dass z.B. bei Dienstleistungsberufen bereits nach drei Erwerbsjahren nach Ausbildungsabschluss rund 28 Prozent in einen anderen Beruf wechseln. Bei den gewerblichen Berufen ist die Mobilität noch höher. Hier sind es rund 35 Prozent, die drei Jahre nach Abschluss in eine berufsfremde Tätigkeit abwandern. Im Rahmen einer neueren Analyse des Bundesamts für Statistik (2020) wird der Verbleib im Beruf nach Ausbildungsabschluss je nach Branche mit 36 Prozent bis 53 Prozent ausgewiesen.

Unabhängig von Statistiken und berechneten Quoten soll jedoch festgehalten werden, dass jede Lehrperson, die nach einem Unterbruch wieder an den Schulen in Baselland unterrichtet, ein wichtiger und wertvoller Gewinn ist.

2. *Ist der Regierungsrat bereit, spezifische Angebote für Wiedereinsteiger zu forcieren, neu zu schaffen oder finanzielle Unterstützung für Wiedereinsteigerinnen, welche in einer Übergangszeit keinen Lohn haben, zur Verfügung zu stellen? (analog zu Quereinsteigerinnen im ersten Studienjahr mit Vollzeitstudium)*

Der Regierungsrat ist bereit, gezielte Angebote zu unterstützen. Derzeit wird die Finanzierung von Weiterbildungen geprüft. Möglich wäre auch die Nutzung eines Mentorings an Schulen für einen begleiteten Wiedereinstieg und die Organisation einer Alumni-Gruppe für Lehrpersonen, um «Aussteigerinnen und Aussteiger» künftig direkter erreichen zu können.

Mit einem vorübergehenden Lohnausfall für Wiedereinsteigende ist indes nicht zu rechnen. Bei Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteigern bedarf es keiner pädagogischen Ausbildung im Vollzeitstudium, sondern punktueller und den Bedürfnissen angepasster Weiterbildungen. Bezüglich Lohnhöhe ist davon auszugehen, dass Wiedereinsteigende den für ihre Funktion üblichen Lohn erhalten, da sie in der Regel über das entsprechende Stufendiplom verfügen. Fallweise können die bereits etablierten personalrechtlichen Instrumente für Lohnzulagen angewendet werden.

3. *Gibt es spezifische Bemühungen, um Heilpädagoginnen und Heilpädagogen zu einem Wiedereinstieg zu motivieren? Eventuell auch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen?*

Sowohl das Thema Lehrpersonenmangel als auch das Thema Wiedereinstieg umfasst alle Lehrfunktionen. Die Bemühungen schliessen daher alle Lehrpersonenkategorien mit ein.

4. *Wie ist die Haltung des Regierungsrates bezüglich der Lancierung einer Kampagne, um Wiedereinsteiger vermehrt zu motivieren in den Lehrberuf zurückzukehren?*

Auch wenn die Kampagne für die Veranstaltung im 2021 nur einen geringen Rücklauf hatte, ist wie bereits erwähnt jede ehemalige Lehrperson, die ihre Unterrichtstätigkeit nach einem Unterbruch wiederaufnimmt, ein Gewinn. Aus diesem Grund wird die Kampagne dieses Jahr wieder durchgeführt. Unter dem Motto «Zurück in die Schule» wird am 26. April 2023 eine nächste Informationsveranstaltung stattfinden. Alle ausgebildeten Lehrpersonen, die derzeit nicht an einer Schule tätig, aber an einem Wiedereinstieg interessiert sind, erhalten an diesem Anlass alle notwendigen Informationen, welche sie für eine Entscheidung bezüglich eines Wiedereinstiegs benötigen. Fachpersonen aus dem Schul- und Personalbereich werden Fragen beantworten sowie Auskunft über mögliche Einarbeitungsformen, Weiterbildungen und die Vermittlung von Einsatzorten geben.

Die Art und Weise der Unterstützung, welche eine Lehrperson nach einem Unterbruch für einen optimalen Wiedereinstieg benötigt, ist sehr unterschiedlich. Die BKSD bietet den am Wiedereinstieg Interessierten daher eine individuelle Beratung an. In einem ersten Schritt sollen interessierte Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger an der Veranstaltung vom 26. April 2023 grundlegende Informationen und eine Möglichkeit zur ersten Kontaktaufnahme erhalten.

5. *Wie gedenkt der Regierungsrat grundsätzlich dem Lehrkraftmangel kurz- und langfristig zu begegnen?*

Die breit abgestützte «Arbeitsgruppe Lehrpersonenmangel» prüft eine Vielzahl von kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen, um einem drohenden Mangel an Fachkräften an den Schulen entgegenzuwirken. Im Fokus stehen aktuell Massnahmen in den Bereichen Personalgewinnung und Personalbindung.

Diese Massnahmen reichen von einer Image-Kampagne, welche die Attraktivität des Standorts Basel-Landschaft als Arbeitgeber für Lehrpersonen wirksam aufzeigen soll, über Massnahmen für den erleichterten Berufseinstieg von Berufs- und Wiedereinsteigenden, den unterstützenden Einsatz von Zivildienstleistenden, bis zu verschiedenen Massnahmen zur Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen von Lehrpersonen.

Längerfristige Massnahmen werden im Bereich der Lehrpersonen-Ausbildung geprüft und sollen in Zusammenarbeit mit den Trägerkantonen der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) sowie der pädagogischen Hochschule FHNW weiterentwickelt und umgesetzt werden.

Liestal, 18. April 2023

Im Namen des Regierungsrats

Die Präsidentin:

Kathrin Schweizer

Der 2. Landschreiber:

Nic Kaufmann